Zeitschrift: Der Freidenker [1927-1952]
Herausgeber: Freigeistige Vereinigung der Schweiz
Band: 32 (1949)
Heft: 10

Artikel: Staat und Kirche in der Tschechoslowakei : eine Erwiderung
Autor: Jírová, T.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-409967

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Staat und Kirche in der Tschechoslowakei

Eine Erwiderung

Der Bericht in der Septembernummer des «Freidenker» über den «Kampf zwischen Kirche und Staat» in der Tschechoslowakei kann nicht ohne eine kleine Berichtigung hingenommen werden. Schon der Titel stimmt nicht, denn einen Kampf kann man die mehr als friedliche Auseinandersetzung zwischen Kirche und Regierung nicht nennen. Denn noch niemals ist ein Staat den Forderungen der Gläubigen und ihren Priestern so weit entgegengekommen, wie es der tschechoslowakische Staat getan hat. So ist auch, leider, statt der erwarteten Trennung von Kirche und Staat, die Katholische Aktion ins Leben gerufen worden. Tatbestand ist folgender: Nach den Februarereignissen des Jahres 1948, die einen teilweisen Umsturz des Regimes brachten, traten alle führenden Beamten und Staatsmänner mit Loyalitätserklärungen an die Regierung heran. Das ist eine selbstverständliche Pflicht überall, denn der Staat muß wissen, ob er verläßliche und ihm ergebene Leute zu seinen Diensten hat. Aber das tschechoslowakische Episkopat anerkennt bloß den Papst als seinen obersten Herrn und deshalb weigerte es sich, der Regierung eine Treueerklärung abzugeben. So entstand eine Spannung zwischen den Bischöfen und dem Staat, die umso größer wurde, als der Vatikan, der den Nuntius *Verolini* entsendet hatte, sich einmischte und die Souveränität der Tschechoslowakei untergraben wollte. Dem Erzbischof Dr. Beran sind von Rom Richtlinien erteilt worden, welche er und der hohe Klerus befolgten und den zum Sozialismus strebenden Volksstaat als Gegner betrachteten.

Welcher Staat würde es sich gefallen lassen, daß von den Kanzeln herunter Hetzreden gegen ihn gerichtet werden und seine Autorität in bischöflichen Hirtenbriefen herabgesetzt werde? Und gerade von Seiten der katholischen Kirche hat es die Regierung am allerwenigsten verdient, da sie dieser weitgehend entgegengekommen ist. Jährlich werden ihr hunderte Millionen tschechische Kronen für die Kongrua und andere Bedürfnisse ausgezahlt, und das Zärteln mit ihr hat gerade nach dem Februar 1948 besonders eingesetzt. Bekanntlich hat sich der Kommunist *Klement Gottwald* nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten in den Veitsdom begeben, um mit der ganzen Regierung vor den Reliquien des hl. Wenzel ein Tedeum anzuhören. Der Aktionsausschuß der Nationalfront hat eine Erklärung abgegeben, in der betont wird, daß die Religionsfreiheit und die Ausübung der religiösen Zeremonien einen der Grundpfeiler der Volksdemokratie bilden solle und es würde dafür gesorgt werden, daß die Verrichtung der Religionsübungen ungestört erfolgen könne. Auch in der Gesetzesverfassung vom «9. Mai» (so benannt nach dem Tage der Befreiung der Republik im Jahre 1945) wird die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit garantiert, und es steht jedem Bürger das Recht zu, einer Konfession anzugehören oder konfessionslos zu sein.

Die Bischöfe können sich also keinesfalls über eine Verfolgung des Glaubens beklagen, im Gegenteil waren die Kirchen noch nie so voll von Betenden wie jetzt; den Religionsunterricht in den Schulen besuchen selbst die Kinder der Kommunisten und auch Trauungen und andere Zeremonien sind meistens kirchlich. Da der Bund der Konfessionslosen einen Wink erhielt, jetzt keinen Kulturkampf hervorzurufen, ist er sehr zurückhaltend, um den Funken, den der hohe Klerus entzündet hat, nicht zu schüren. Leider hat es der Bund der Konfessionslosen bei Zeiten versäumt, durch wirksame Propaganda die Massen für den Kirchenaustritt zu gewinnen und den Boden für die Trennung von Staat und Kirche vorzubereiten.

So bemüht sich die Regierung mit allen Mitteln, den Frieden zu erhalten und deshalb ist die im Artikel «Der Kampf zwischen Kirche und Staat» geäußerte Auffassung nicht ganz richtig,

---

lagung eines jeden Schülers oder einer jeden Schülerin anregen, entwickeln und lenken, daß sie nicht nur nützliche Mitglieder der Gesellschaft werden, die ihre individuellen Anlagen vollständig entwickelt haben, sondern die in notwendiger Folge für die Hebung der gesamten Gemeinschaft wirken werden.»

Um seine Ideen zweckmäßig propagieren zu können, gab er ein «Mitteilungsblatt der modernen Schule» heraus, in dessen erster Nummer vom 30. Oktober 1901 er seine Grundprinzipien veröffentlichte: «Jene ausgeklügelten Produkte des Geistes, voreingenommenen Ideen und alle die absurden und phantastischen Einbildungen, die bis zum heutigen Tage für Wahrheiten gehalten wurden und der Menschheit als Richtlinien aufgezwungen worden sind, haben seit langem schon Ablehnung von seiten unseres Verstandes und Widerwillen seitens unserer Vernunft sich zugezogen. Aber die Zeit ist gekommen, da das Sonnenlicht nicht nur die Gipfel der Berge küßt, es durchflutet die Täler und wir stehen im Lichte des Mittags, des Menschheitsmittags. Nicht mehr ist die Wissenschaft das alleinige Erbe einer kleinen bevorrechteten Gruppe von Menschen; mehr oder weniger bewußt werdend, durchdringen ihre Strahlen alle Reihen der Gesellschaft. Allerorten werden traditionelle Irrtümer aufgelöst; durch vertrauensvolle Anwendung unserer Erfahrung und Beobachtung befähigt die Wissenschaft uns zu einem korrekten Wissen und Maßstabe hinsichtlich der Naturerscheinungen und ihrer Gesetze. Mit bescheidenen Hilfsmitteln, aber gleichzeitig getragen von einem starken und rationellen Glauben und einem Geist, der weit davon entfernt ist, sich entmutigen zu lassen, wie groß die Hindernisse auch immer sein mögen, die sich ihm entgegenstellen — unter solchem Geiste und solchen Bedingungen wurde die moderne Schule gegründet. Ihre Ziele sind, ohne Konzessionen an traditionelle Methoden zu machen, eine Erziehung zu sichern, die begründet ist auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse.»

Neben der Schule veranstaltete er auch Sonntagsvorträge, die von den Schülern und anderen Mitgliedern ihrer Familien, wie auch von lernbegierigen Arbeitern besucht wurden. Innerhalb von fünf Jahren gelang es ihm, 50 solche moderne Schulen zu errichten. Da sich aber bald ein Mangel an geeigneten Lehrern zeigte, gründete er zwecks Ausbildung derselben eine Normalschule. Diese Tätigkeit Ferrers erregte natürlich das Mißtrauen der Jesuiten, in deren Händen bisher die ganze Erziehung in Spanien gelegen war, und als sich am Karfreitag des Jahres 1906 an einer von Ferrer veranstalteten antikatholischen Feier 1700 Zöglinge der freien Schulen beteiligten, kannte die Wut und der Zorn seiner Widersacher keine Grenzen mehr. Ferrer mußte vernichtet werden. Leider bot sich nur allzubald eine günstige Gelegenheit, um gegen ihn einen Schlag zu führen. Als im Mai 1906 ein junger Mann namens Mateo Moral eine Bombe unter den Hochzeitswagen des Königs Alfons XIII. warf, da schrieb sofort die klerikale Zeitung «Herz Jesu»: «Diese Verbrechen werden sich wiederholen, solange man in Spanien die Freiheit des Lesens, der Lehre und des Denkens aufrecht erhält.» Und als es sich herausstellte, daß Moral ein Angestellter des von Ferrer gegründeten Verlagsunternehmens war, wurde sofort Ferrer als geistiger Urheber des Attentats bezeichnet und verhaftet. Seine Schulen wurden geschlossen, sein Vermögen wurde konfisziert. 13 Monate verbrachte Ferrer in der Untersuchungshaft. Als es zur Verhandlung kam, mußte der Staatsanwalt selbst erklären, daß er kein Beweismaterial gegen Ferrer in der Hand habe. Daraufhin mußte Ferrer freigelassen werden, seine Schulen wurden wieder eröffnet, sein Vermögen wurde ihm wieder zurückgegeben.

Mit verdoppeltem Eifer warf sich nun Ferrer auf seine Aufklärungsarbeit. Angeregt durch die Sympathien, die er anläßlich seines Prozesses in allen zivilisierten Ländern gefunden hatte, gründete er eine internationale Liga für rationelle Erziehung der Kinder, der eine Anzahl von hervorragenden Männern wie Anatole France und Ernst Haeckel beitrat. Allein doppelt groß wurde auch der Haß der Jesuiten.

Im Juli 1909 brach in Barcelona ein Aufstand aus. Man hatte in Marokko Eisenerzlager entdeckt und von der Hafenstadt Melilla eine Eisenbahn zu den Bergwerken gebaut. Da sich die Eingeborenen dem Eindringen der Spanier widersetzten, wurde eine Strafexpedition ausgerüstet, die aber in den Hinterhalt gelockt und fast vollständig aufgerieben wurde. Daraufhin erfolgte eine neuerliche militärische Aushebung. Da aber damals in Spanien

nämlich, «daß die Tschechoslowakei den Priestern mit Feindschaft entgegenträte und daß ihnen ein schweres Schicksal bevorstehe». Der niedere Klerus, sowie eine große Zahl der Gläubigen erkennen das Regime an, aber die Hierarchie ist im Schlepptau des Vatikans, welcher sich ja in fast allen Enzykliken gegen den Fortschritt und gegen den Sozialismus gewendet hat. Mit dem Herostrat Hitler, der den Weltbrand entzündete, hat der damalige Nuntius in Deutschland, Pacelli, dem jetzigen Papst Pius XII., ein Konkordat abgeschlossen; es ist ihm jedoch nicht eingefallen, die nazistischen Verbrecher zu exkommunizieren. Als in Deutschland und im Protektorat römisch-katholische Priester verhaftet und in Konzentrationslager transportiert worden sind, ist Pacelli nicht eingeschritten, noch hat er protestiert! Hunderttausende katholische Bürger sind in Gefängnissen gequält und gemordet worden, aber der Hirte in Rom hat sich nicht eingemischt und die Schäfchen dem Schicksal überlassen! Erst jetzt findet er es angebracht, sich um sie zu kümmern. Freilich, jetzt hat er Grund dazu, denn die Nationalisierung hat natürlich vor den Toren der erzbischöflichen Latifundien nicht Halt gemacht und die hohen Herren empfinden es als Beleidigung ihrer Person, daß auch ihr «Eigentum» angetastet und die großen Güter teilweise parzelliert und armen Bauern zur Besiedlung überlassen worden sind. Jedoch auch bei diesem Anlaß ist die Regierung der Kirche weit entgegengekommen und beide Parteien haben einen Modus gefunden und sich über die Vergütung des vom Staat übernommenen Bodens geeinigt. Ueberdies ist der Kirche jede materielle Sicherstellung zur Ausübung ihrer religiösen Funktionen garantiert worden und der Staat versprach auch für die Reparaturen und Kirchenbauten Sorge zu tragen.

Ein Mißton in diese scheinbare Harmonie ist erst dann eingedrungen, als die geistlichen Stellen ganz offen eine feindliche Haltung gegen den Staat einnahmen. Es mußten dann Verhaftungen vorgenommen werden, denn auf staatsfeindliche Handlungen konnte die Regierung nicht anders antworten, da das Recht für jeden Staatsbürger gleich ist, sei es Laie oder Priester. Wenn z. B. ein Pfarrer bei einer festlichen Gelegenheit statt der tschechischen eine Hakenkreuzfahne heraushängt, wie es in einer schlesischen Gemeinde unlängst geschah, so ist dies eine grobe Provokation. Aehnliche Vorkommnisse könnten viele aufgezählt werden. Daß auch Nonnen und Aebtissinnen verhaftet wurden, weil ihre Klöster ausländischer Spionage dienten, sei gleichfalls erwähnt.

Aus allem ersieht man, daß die geistlichen Kreise, entgegen ihren Behauptungen, daß die Politik nicht in die Religion gehöre, sich sehr intensiv politisch betätigen. Als der tschechische Monsignore *Schramek* Minister war, als der slowakische Monsignore *Tiso* Ministerpräsident war, als andere gesalbte Häupter öffentliche Stellungen in der Regierung einnahmen, da hat der Vatikan keine Einwendungen erhoben, aber jetzt, da Pater *Plojhar*, der einen Konflikt mit Erzbischof Dr. Beran hatte, Minister geworden ist und als die Priester das Manifest, dem Volk und der Regierung dienen zu wollen, unterschrieben hatten, jetzt heißt es «politische Betätigung» und sowohl Priester als auch Laien wurden mit höchsten kirchlichen Strafen belegt, d. h. exkommuniziert. Ist jedoch die Betätigung *gegen* den Staat gerichtet, so steht es den Priestern frei, Politik zu treiben. Schon im Jahre 1946 sind antistaatliche Verschwörungen faschistischer Organisationen, die mit dem Vatikan in Verbindung gestanden sind, enthüllt worden. Große Sympathien zu dem Volke, das den Ketzer *Johann Hus* verehrte und das nach dem ersten Weltkrieg so stürmisch ein Losreißen von Rom forderte, hat der Vatikan nie gehegt. Nur die klerikale Erziehung unter österreichischer Herrschaft, die noch immer von Generation zu Generation nachwirkt, hat die Gehirne vernebelt. Wenn aber die Strahlen der Freiheit die Nebel zerreißen werden, dann wird

---

die Bestimmung bestand, daß man sich vom Militär loskaufen konnte, sollte natürlich nur das Proletariat seine Haut zu Markte tragen, um den Aktionären des Bergwerks ihren Profit zu sichern. So war es begreiflich, daß das schon immer radikal gesinnte Proletariat Barcelonas sich erhob. Dieser Aufstand, nicht gehörig vorbereitet und nicht rechtzeitig von den anderen Arbeiterorganisationen unterstützt, wurde blutig niedergeschlagen. Man forschte nach den Urhebern und bald war, geschickt arrangiert, in Barcelona ein Gerücht verbreitet, welches die Aufmerksamkeit der Behörden auf Ferrer lenkte. Ferrer selbst war erst vor kurzem aus Paris zurückgekehrt, weil er die Nachricht erhalten hatte, daß seine Schwägerin und ihre Tochter auf seinem Landgute Mongat in der Nähe Barcelonas an Typhus schwer erkrankt seien. An dem Tage, an welchem der Aufstand losbrach, befand sich Ferrer in Barcelona in seinem Verlagsunternehmen. Von einer bevorstehenden Erhebung hatte er nicht die geringste Ahnung. Auf den Rat seiner Verwandten, welche fürchteten, daß ihn die von den Jesuiten aufgestachelte Menge mißhandeln könnte, verbarg er sich bei Freunden. Als er aber hörte, daß der Untersuchungsrichter ihn suche, ging er nach Barcelona zurück, um sich, seiner Unschuld bewußt, dem Gericht zu stellen. Auf dem Wege dahin wurde er jedoch verhaftet und vor den Generalgouverneur von Barcelona geführt, der ihn nach kurzem Verhör sofort einkerkern ließ. Da eine Hausdurchsuchung bei Ferrer kein belastendes Material zutage förderte, wurden die Familienangehörigen Ferrers delogiert und eine nochmalige Hausdurchsuchung angeordnet. Jetzt fand man plötzlich einen mit Schreibmaschine geschriebenen revolutionären Aufruf. Obwohl Ferrer ihn sofort als Fälschung bezeichnete und obwohl die Schriftensachverständigen zugaben, daß sie die darin befindlichen Korrekturen nicht mit Bestimmtheit als von der Hand Ferrers herrührend erklären konnten, wurde trotzdem dieses Dokument als Hauptbeweismittel gegen Ferrer verwendet. Ferrer wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und hatte nur die Möglichkeit, einen Offizier zu seinem Verteidiger zu bestimmen. Er wählte den Kapitän Francisco Galceran, einen edlen Mann, der von der Unschuld Ferrers überzeugt war und sein möglichstes tat, um Ferrer zu befreien. Allein man verwehrte ihm einen rechtzeitigen Einblick in die Prozeßakten, man lehnte die Einvernahme von Entlastungszeugen ab und so mußte der Prozeß so enden, wie es seine Feinde wünschten: Ferrer wurde als Anstifter des Aufstandes in Barcelona zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Die letzte Nacht seines Lebens wurde für ihn zu einem geistigen Martyrium. Man baute in einem Zimmer der Festung eine Kapelle, zwang ihn, darin die Gebete von sechs barmherzigen Brüdern und die Bekehrungsversuche von zwei Jesuiten anzuhören. Ferrer blieb standhaft. Er verbrachte seine letzten Stunden damit, Briefe an seine Freunde zu schreiben und ein Testament zu verfassen. Am Morgen des 13. Oktober wurde er zur Exekution geführt. Vom Gouverneur der Festung befragt, ob er noch einen Wunsch habe, ersuchte Ferrer, stehend und mit unverbundenen Augen sterben zu dürfen. Der erste Teil seiner Bitte wurde ihm gewährt. Als er die Soldaten erblickte, rief er: «Zielt gut, meine Kinder, Ihr könnt ja nichts dafür! Ich bin unschuldig! Es lebe die moderne Schule!» Von vier Kugeln durchbohrt, sank Ferrer zu Boden. Spaniens edelstes Herz hatte zu schlagen aufgehört.

Zwanzig Jahre* sind seit jenem Oktobermorgen vergangen. Eine mit großer Anstrengung durchgesetzte Revision des Prozesses ergab die Tatsache, daß an Ferrer ein Justizmord begangen worden war. Ferrer ist ein Märtyrer des freien Gedankens. Darum ist es für uns eine selbstverständliche Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß sein Name und Andenken in den Herzen aller freiheitlich gesinnten Menschen weiterlebt. Gerade jetzt, wo die neuerstarkte Reaktion alle Errungenschaften der Nachkriegsjahre wiederum vernichten will, wo sie wieder besonders nach der Schule ihre knöcherne Hand ausstreckt, muß es unser aller Aufgabe sein, den Kampf um die Freiheit der Wissenschaft zu führen im Sinne dieses Mannes, mit jener Kraft und Aufopferung, wie sie nur das Bewußtsein für die Sache der Wahrheit und des Rechtes zu streiten einflößt.

---

* Nun sind es bereits 40 Jahre, aber die folgenden Mahnworte des Verfassers, der wahrscheinlich einen noch schlimmeren Tod als Ferrer erlitten hat, haben an Aktualität nichts eingebüßt.

die römisch-katholische Kirche auch hier ihre Rolle ausgespielt haben.

Wie nötig gerade jetzt die Freidenkerarbeit wäre, ersieht man aus den vielen täglichen Vorkommnissen. So mutet es einen Atheisten komisch an, wenn er in der Straßenbahn Zeuge ist, wie sich beim Vorbeifahren an Kirchen so viele Alte und Junge bekreuzigen. Die Katholiken sind so vernagelt, daß sie es gar nicht merken, wie paradox es ist, wenn in den Schulen, neben dem Stalinbild, ein Kruzifix (!) aufgehängt ist. — Erst kürzlich ist in einer Prager Kirche folgender Unsinn verzapft und von den Zuhörern ruhig hingenommen worden: «Wißt Ihr auch, meine teueren Andächtigen, wer die Republik befreit hat? Das hat weder das Volk, noch die Sowjetarmee getan, sondern die *Jungfrau Maria*, die ihren Mantel über alle Länder ausgebreitet und so die Feinde vertrieben hat.» Es drängt sich bloß die Frage auf, warum die Jungfrau nicht schon früher ihren Mantel ausgebreitet hat! In einer slowakischen Kirche hetzte ein Prediger gegen die Regierung mit diesen Schmähworten: «... Die Regierung ist ein Fluch fürs Volk, wenn dieses ungläubig ist und wenn die pöbelhafte Regierung schlecht und ungläubig ist. Und so, wie der jüdische Pöbel Jesus Christus verurteilt hat, so verurteilen die Kaifas von heute gute und gerechte Menschen ...»

Auf diese Art wird die Christenlehre und Liebe den geduldigen Schäflein von ihren Hirten eingeprägt. Wie viel Gründe hätte die Regierung, reinen Tisch zu machen und die Trennung von Staat und Kirche durchzuführen!

Am 13. Juli 1949 erließ die hl. römische Kongregation ein von Papst Pius XII. sanktioniertes Dekret, welches die Exkommunikation aller Katholiken anordnet, welche

1. Mitglieder der Kommunistischen Partei sind oder diese unterstützen,
2. aller derjenigen, welche kommunistische Bücher, Zeitungen und Flugblätter drucken, lesen oder verbreiten.

   Den Exkommunizierten ist eine kirchliche Trauung, die letzte Oelung vor dem Tode, die Beichte usw. zu verweigern.

Diese Maßnahme des Vatikans ist geeignet, ihn unsterblich zu blamieren, denn kein einziger überzeugter Kommunist wird wegen Drohung der Exkommunikation aus der Partei austreten und kein Pfarrer, der jetzt vom Staat eine Gehaltszulage erhält, wird Trauungs- und andere Zeremonien verweigern, wenn sie etwas eintragen. Mit mittelalterlichen Methoden wird der Vatikan in modernen Staaten kein Glück mehr haben und wenn er nicht ein Mittler sein kann zwischen kriegführenden Ländern, dann soll er sich auch nicht dort einmischen, wo die Völker friedlichen Zielen zustreben.

Der große Atheist Goethe, dessen zweihundertster Geburtstag eben in der ganzen Kulturwelt gefeiert wurde, sagt es trefflich im nachstehenden Vers:

Ist Konkordat und Kirchenplan
nicht glücklich durchgeführt?»
Ja fangt einmal mit Rom nur an,
Da seid ihr angeführt.

T. Jírová.

Nachschrift der Redaktion

Die Verhältnisse in der Tschechoslowakei sind die gleichen wie in allen Oststaaten. Die ganze katholische Presse ist voll von Berichten über Verfolgungen in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und Polen. Was ist davon zu halten? Ueberall da, wo man die katholische Kirche nicht nach ihrem Gutdünken gewähren läßt, wo sie nicht weiter Staat im Staate spielen kann, wird über Verfolgung geschrien. Beispiele für diese Feststellung brauchen wir nicht weit zu suchen. Der Katholizismus in der Schweiz spricht sofort von Verfolgung, wenn man ihn nicht gewähren läßt. Man denke nur an die Rede Wicks im Nationalrat anläßlich der Jesuitendebatte! Interessant im Zusammenhang mit diesen «Verfolgungen» ist nun eine Botschaft des Oekumenischen Rates an den polnischen Ministerpräsidenten, die augenblicklich in der Presse die Runde macht. Darin heißt es u.a.: «Bezugnehmend auf den Entscheid des Vatikans, der eine Drohung mit Exkommunikation gegenüber den Verfechtern sozialer und politischer Ansichten enthält, erklären wir, daß wir die Anwendung des kirchlichen Bannfluches oder analoger Maßnahmen als unvereinbar mit dem Geist des Evangeliums und der christlichen Grundsätze erachten, denn die heilige Schrift unterscheidet zwischen den Pflichten des Menschen gegenüber Gott und gegenüber dem Staat. Behauptungen in einer kürzlichen Papstbotschaft, daß die katholische Kirche in Polen nicht frei sei, daß der Religionsunterricht verboten sei usw., sind völlig falsch.»

Abschließend versichert die Botschaft des Oekumenischen Rates, daß das Regierungsdekret über die Gewissensfreiheit die Feinde des Fortschrittes daran hindern müsse, die Religion zu mißbrauchen, wenn es mit Energie angewendet werde.

Politischer Katholizismus in Oesterreich

Bis zum Ueberdruß haben wir schon aufgezeigt, daß es nur einen politischen Katholizismus gibt und daß die Religion nur eine Tarnung ist, um besser die Geschäfte des Vatikans und seiner Prälaten besorgen zu können. Ein treffendes Beispiel für diese Tatsache — es ist schon lange keine Behauptung mehr — liefern die bevorstehenden österreichischen Wahlen. Dieses sprechende Zeugnis des politischen Katholizismus wurde in den Neuen Zürcher Nachrichten (Nr. 215 vom 18. September 1949) abgedruckt. Man achte wohl darauf: *im Einvernehmen mit dem österreichischen Episkopat wurden diese Richtlinien aufgestellt.* Den Kommentar zu den einzelnen Punkten mag sich der Leser selbst machen.

Kp. Das Präsidium der Katholischen Aktion Oesterreichs gibt die folgenden, im Einvernehmen mit dem österreichischen Episkopat aufgestellten Richtlinien für die Katholiken Oesterreichs bekannt:

1. Noch nie in der Geschichte Oesterreichs haben politische Wahlen eine so tiefgehende und entscheidende Bedeutung gehabt, wie sie die Nationalrats- und Landtagswahlen am 9. Oktober 1949 haben.

Die Freiheit und das Wohlergehen des Vaterlandes, aber auch das Schicksal der Kirche werden weitgehend von ihnen bestimmt werden. Insbesondere stehen die Erhaltung der die Freiheit der Kirche garantierenden Demokratie einerseits und eine antikirchliche Linksdiktatur andererseits zur Entscheidung.

2. Es besteht eine strenge Gewissenspflicht der Katholiken, ihr Wahlrecht auszuüben. Wer ohne gewichtige Verhinderung die Ausübung dieser Pflicht unterließe, würde sich einer schweren Unterlassungssünde schuldig machen.

3. Die Katholiken müssen, ihrem Gewissen folgend, als Katholiken wählen, d. h. in der Wahlentscheidung primär weltanschauliche und ethische Gesichtspunkte sprechen lassen. Sie können ihre Stimme nur jenen Mandataren jener Partei geben, die: